

Greenwashing auf nationaler und europäischer Ebene

Ausschuss für Umwelt (Originalversion)

Das luxemburgische Jugendparlament versteht sich als Reflexions- und Vorschlagsinstanz. Es hat es sich zur Aufgabe gemacht, zentrale Herausforderungen zu analysieren, die den Alltag der Jugend sowie die nachhaltige Entwicklung unseres Landes prägen. In diesem Zusammenhang gewinnt das Thema Greenwashing zunehmend an Bedeutung, da es sowohl das Vertrauen der Verbraucher*innen als auch die Glaubwürdigkeit nachhaltiger Wirtschaftsmodelle maßgeblich beeinflusst.

Vor dem Hintergrund wachsender Umweltprobleme und eines steigenden gesellschaftlichen Bewusstseins für Nachhaltigkeit ist die Nachfrage nach „grünen“ Produkten und Dienstleistungen deutlich gestiegen. Gleichzeitig nutzen zahlreiche Unternehmen diese Entwicklung, indem sie ihre Produkte oder Investitionen als umweltfreundlich darstellen, ohne dass diese Behauptungen ausreichend belegt sind. Diese Praxis führt nicht nur zu einer Irreführung der Konsument*innen, sondern verzerrt auch den Wettbewerb und lenkt finanzielle Mittel von tatsächlich nachhaltigen Initiativen ab.

Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung Luxemburgs als internationaler Finanzplatz und der steigenden Zahl nachhaltigkeitsbezogener Finanzprodukte ist das Risiko von Greenwashing besonders relevant. Mangelnde Transparenz, unklare Definitionen und unzureichende Kontrollmechanismen erschweren es Investor*innen und Verbraucher*innen gleichermaßen, fundierte Entscheidungen zu treffen.

Der Ausschuss für Umwelt des Jugendparlaments erkennt die Dringlichkeit und Komplexität dieser Problematik an. Er hat beschlossen, Greenwashing zu einem zentralen Schwerpunkt seiner Arbeit zu machen. Dabei stellen sich wesentliche Fragen: Wie kann Transparenz verbessert werden? Welche regulatorischen Maßnahmen sind notwendig, um irreführende Praktiken zu verhindern? Und wie können Unternehmen, Staat und Gesellschaft gemeinsam zu einer glaubwürdigen und nachhaltigen Transformation beitragen?

Mit dem vorliegenden Beschluss sollen eine fundierte Grundlage für diese Diskussion geschaffen und konkrete Ansätze für einen verantwortungsvollen Umgang mit Nachhaltigkeitsversprechen entwickelt werden.

In Erwägung nachstehender Gründe:

- A. Das Jugendparlament ist tief besorgt über die Feststellung, dass 59 % der von der Europäischen Kommission analysierten europäischen Unternehmen keine leicht zugänglichen Belege vorgelegt haben, um ihre Umweltleistungen zu untermauern.¹
- B. Das Jugendparlament stellt fest, dass Begriffe wie „ökologisch“, „nachhaltig“ oder „umweltfreundlich“ in 37 % der Fälle nur vage genutzt werden, ohne zugängliche wissenschaftliche Beweise zu hinterlegen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass es an einer geeigneten nationalen oder internationalen Gesetzgebung mangelt, um falsche ESG-Definitionen (ESG = Environmental, Social and Governance) zu vermeiden.¹
- C. Das Jugendparlament ist tief besorgt darüber, dass sich Unternehmen auf irreführende Nachhaltigkeitsversprechen und nicht überprüfte Nachhaltigkeitslabels stützen. Damit tragen sie, wie von der Europäischen Kommission hervorgehoben, zu einer weit verbreiteten Fehlinformation der Verbraucher*innen bei.^{2, 4}
- D. Das Jugendparlament erkennt an, dass im Rahmen einer internationalen Aktion *International Consumer Protection and Enforcement Network* (ICPEN-Mitglieder bisher nahezu 500 Websites analysiert haben, die Produkte und Dienstleistungen aus verschiedenen Bereichen wie Kleidung, Kosmetik und Lebensmittel bewerben. Es stellt außerdem fest, dass bei etwa 42 % dieser Websites Praktiken beobachtet wurden, die als potenziell irreführend einzustufen sind und somit möglicherweise gegen geltende Verbraucherschutzgesetze verstoßen.
- E. Das Jugendparlament nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass die Ergebnisse von Greenpeace Luxemburg darauf hindeuten, dass:

¹ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_269

² <https://www.changeplasticforgood.com/articles/how-greenwashing-impacts-the-environment/>

³ <https://www.infogreen.lu/les-soupcons-de-greenwashing-continuent-a-planer-sur-le-secteur-financier-21001.html#:~:text=Mais%20le%20succ%C3%A8s%20le%20plus,en%20mati%C3%A8re%20de%20finance%20durable.%20%C2%B>

⁴ https://environment.ec.europa.eu/topics/circular-economy/green-claims_en

⁵ <https://www.greenpeace.org/luxembourg/fr/en-report/11506/greenwashing-finance-sustainability-funds-fail-to-live-up-to-their-name/>

- a) zahlreiche als „nachhaltig“ vermarktete Finanzprodukte nicht mit dem Pariser Klimaabkommen vereinbar sind und somit Investor*innen und die Öffentlichkeit potenziell in die Irre führen;
 - b) daraus langfristig systemische Risiken für den Luxemburger Finanzplatz entstehen können, insbesondere in Form von Reputationsverlusten, Vermögensfehlbewertungen und potenzieller Marktinstabilität.^{5, 8}
- F. Das Jugendparlament nimmt die Greenpeace-Vorwürfe des Greenwashings gegen den luxemburgischen Pensionsfonds (Fonds de compensation, FDC), darunter die selektive Offenlegung von Daten und fortgesetzte Investitionen in fossile Brennstoffe trotz öffentlicher Nachhaltigkeitsversprechen, zur Kenntnis und stimmt ihnen zu.^{6, 13}
- G. Das Jugendparlament nimmt die bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (*Organisation for Economic Co-operation and Development* -OECD) eingereichte Beschwerde von Greenpeace Luxembourg in Bezug auf den FDC zur Kenntnis. Dieser stellt seine Investitionen als nachhaltiger dar, als sie tatsächlich sind, obwohl weiterhin in klimaschädliche Unternehmen investiert wird.⁷
- H. Das Jugendparlament ist alarmiert durch die erschreckend hohe Anzahl sogenannter ESG-orientierter Fonds, davon rund 5200 in Luxemburg, die kaum mehr Kapital in eine wirklich nachhaltige Wirtschaft lenken als konventionelle Fonds. Teilweise fließen immer noch erhebliche Anteile des Fondsvermögens in klima- und umweltbelastende Aktivitäten.^{3, 5}
- I. Das Jugendparlament bedauert die aktive Ausnutzung der CO₂-Gutschriften des Kyoto-Protokolls, die dazu führt, dass 90 % der Gutschriften keine ökologischen und klimatischen Vorteile bringen.⁹
- J. Das Jugendparlament stellt fest, dass die steigende Nachfrage nach nachhaltigen Anlageprodukten Anreize für unrealistische Umweltversprechen schafft. Die Vermarktung nachhaltiger Waren wird zunehmend zur Wettbewerbsstrategie, wie es beispielsweise bei Krediten, Banken und Anwaltskanzleien der Fall ist. Dadurch wird

⁶ <https://www.greenpeace.org/luxembourg/fr/communiqués-de-presse/19873/greenpeace-denonce-le-greenwashing-du-fdc/>

⁷ <https://www.greenpeace.org/luxembourg/fr/actualités/21018/greenpeace-luxembourg-files-oecd-complaint-against-sovereign-pension-fund-over-unsustainable-investments/>

⁸ <https://www.greenpeace.org/luxembourg/de/presseerklärungen/11516/greenwashing-finance-nachhaltigkeitsfonds-werden-ihrem-namen-nicht-gerecht-2/>

⁹ <https://www.carenews.com/carenews-info/news/l-antiseche-au-fait-c-est-quoi-les-credits-carbone>

Kapital fehllokalisiert und Investitionen werden von tatsächlich nachhaltigen Projekten abgezogen.^{10, 12}

- K. Das Jugendparlament ist alarmiert durch den Mangel an Transparenz und Offenlegungspflichten von Nachhaltigkeitsdaten sowie Prüfmechanismen. Dadurch werden Investor*innen in ihrer Entscheidung beeinträchtigt, da keine faire Vergleichbarkeit oder „Level Playing Field“ geschaffen wird und effiziente Marktmechanismen untergraben werden.^{11, 14}

Das Jugendparlament:

1. ruft zur Einführung weiterer und zur Weiterentwicklung bestehender Vorschriften auf, die Unternehmen dazu verpflichten, Nachweise und Quellen ihrer Umweltausgaben anzugeben.¹
2. betont die Notwendigkeit, klare und wissenschaftlich fundierte Kriterien für die Verwendung von Begriffen wie „ökologisch“, „nachhaltig“ und „umweltfreundlich“ festzulegen. Unternehmen sollen nur dann solche Aussagen treffen dürfen, wenn sie durch unabhängig überprüfbare Daten und transparente Methoden belegt sind. Zudem fordert es die europäische Gemeinschaft auf, einen verbindlichen globalen Rechtsrahmen zu schaffen, der klare ESG-Definitionen, transparente Offenlegungspflichten und unabhängige Prüfmechanismen festlegt, um irreführende Nachhaltigkeitsaussagen weltweit zu verhindern.^{4, 11, 12, 14, 15}
3. fordert die Verdeutlichung und Koordinierung einheitlicher Standards und Labels im Bereich der Produktvermarktung und Werbung, um sicherzustellen, dass Verbraucher*innen künftig nur noch mit klaren, überprüfbaren und wissenschaftlich fundierten Umweltaussagen konfrontiert werden.⁴
4. betont die Bedeutung von sorgfältig ausgewählten, aber strengeren Maßnahmen gegenüber Unternehmen, die Greenwashing betreiben, und fordert daher:
 - a) die Einführung abgestufter finanzieller Strafen, die sich am Jahresumsatz des Unternehmens orientieren, um eine abschreckende Wirkung sicherzustellen, sowie
 - b) die Möglichkeit weiterer Sanktionen bei wiederholten Verstößen, wie weitere Geldstrafen oder vorübergehende Einschränkungen innerhalb des Marktzugangs.¹
5. fordert die nationalen Behörden, also das Umweltministerium und die CSSF auf, strengere Prüf- und Transparenzstandards für als „nachhaltig“ vermarktete

Finanzprodukte einzuführen. So soll sichergestellt werden, dass diese tatsächlich mit den Zielen des Pariser Abkommens vereinbar sind. Gleichzeitig sollen zunehmende Klimarisiken in Bewertung und Regulierung berücksichtigt werden. Unter anderem schlägt das Jugendparlament vor,

- a. einen minimalen Anteil an grün investiertem Kapital im gesamten Nettoinventarwert von Finanzprodukten und Investitionsfonds vorzuschreiben, damit diese als „grün“ gekennzeichnet werden können;
 - b. die Einführung eines strikten Ausschlusses einiger Aktivitäten wie Kohlenwasserstoffgewinnung, Waffenhandel oder wirtschaftlicher Unternehmungen, die einen Eingriff in die Achtung der Menschenrechte darstellen, in Betracht zu ziehen.^{4, 5, 10}
6. unterstreicht die Wichtigkeit:
- a. eines effektiven Untermauerns transparenter, fossilfreier und überprüfbarer Investitionsstrategien, wie Greenpeace dies vorschlägt.
 - b. glaubwürdiger Nachhaltigkeitsansprüche, da diese nur dann Bestand haben können, wenn öffentliche Pensionsfonds ihre Investitionen vollständig offenlegen und konsequent von klimaschädlichen Unternehmen abziehen, wie es die bei der Nationalen Kontaktstelle eingereichte OECD-Beschwerde von Greenpeace Luxembourg ausdrücklich fordert.^{6, 7, 13}
7. fordert den Staat zur Einführung einer bestimmten Frist für Unternehmen auf, die eingehalten werden muss, um rechtmäßig als gültiger ESG-Fonds gekennzeichnet zu werden. Die Frist ist abhängig von der Größenklasse nach Handelsgesetzbuchs (HGB) (Unterteilung von Kapitalgesellschaften in Kleinstunternehmen, kleine, mittelgroße und große Unternehmen, basierend auf Bilanzsumme, Umsatzerlösen und Mitarbeiterzahl), um das unrechtmäßige Führen des Titels zu verhindern.¹¹
8. unterstreicht, dass die bloße öffentliche ESG-Kennzeichnung ohne strenge Kriterien und transparente Ausschlussmechanismen nicht ausreicht, um Kapital wirksam in nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten umzulenken, wie es die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) betont.^{10, 14}

⁴¹⁰ <https://www.ccsenet.org/journal/index.php/ibr/article/view/31502>,
<https://www.cssf.lu/de/2024/11/greenwashing-bei-nachhaltigen-finanzprodukten-wachsamkeit-ist-geboten-die-cssf-informiert-auf-www-letzfin-lu/>

¹¹ <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0275531924004148>

¹² <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/1086026615575332>

¹³ <https://www.worx.lu/finanzplatz-offener-brief-gegen-greenwashing/>

¹⁴ <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1057521925005228>

¹⁵ <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/20430795.2015.1118917>

9. weist darauf hin, dass marktbasierte Klimainstrumente nur dann einen echten Beitrag zum Klimaschutz leisten können, wenn ihre Integrität gewährleistet ist und fragwürdige Gutschriften konsequent ausgeschlossen werden. Analysen der Forscher*innen des Öko-Instituts und der Europäischen Kommission zur mangelnden Umweltwirksamkeit eines Großteils der Kyoto-Gutschriften zeigen dies.⁹
10. empfiehlt dem Staat, weiterhin in die Aufklärung der Gesellschaft zu investieren und erinnert daran, dass ohne klare Standards und überprüfbare Nachhaltigkeitskriterien die Gefahr des systematischen Greenwashings weiter zunimmt. Dadurch werden Finanzströme von tatsächlich wirksamen Transformationsprojekten abgezogen, wie die Europäische Kommission dies in ihrer Analyse zu irreführenden Nachhaltigkeitsaussagen im Finanzsektor hervorhebt.^{1, 10}
11. fordert, dass der Finanzplatz Luxemburg verbindliche Transparenz- und Nachweispflichten für nachhaltige Finanzprodukte einführt, sodass Banken und Fonds klar belegen müssen, dass ihre als „grün“ beworbenen Investitionen tatsächlich in nachhaltige Projekte fließen. Dies soll durch eine unabhängige Kontrolle und Sanktionen bei Verstößen gewährleistet werden.^{3, 14}

Greenwashing ist kein abstraktes Problem, sondern beeinflusst ganz konkret, wie wir konsumieren und investieren und wem wir vertrauen. Wenn Nachhaltigkeit nur noch ein leeres Schlagwort ist, verliert sie ihren eigentlichen Wert, und genau das darf nicht passieren.

Gerade in einem Land wie Luxemburg, das eine wichtige Rolle im internationalen Finanzsystem spielt, tragen wir eine besondere Verantwortung. Es geht nicht nur darum, Regeln zu schaffen, sondern auch darum, Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen und langfristig zu sichern. Transparenz, klare Standards und ehrliche Kommunikation sind dabei keine Ausnahmen, sondern die Grundlage für alles Weitere.

Gleichzeitig liegt die Lösung nicht allein bei der Politik oder bei Unternehmen. Auch wir als Gesellschaft haben Einfluss durch die Entscheidungen, die wir treffen, und die Erwartungen, die wir stellen. Wenn nachhaltige Versprechen hinterfragt und echte Bemühungen anerkannt werden, entsteht ein Umfeld, in dem Greenwashing weniger Platz hat.

Letztendlich geht es darum, Vertrauen wieder aufzubauen und sicherzustellen, dass Nachhaltigkeit mehr ist als ein guter Ruf. Nur so kann der Übergang zu einer wirklich nachhaltigen Wirtschaft gelingen, Schritt für Schritt, nachvollziehbar und ehrlich.